

Laibacher Zeitung.

Nr. 25.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus ganzj. 60 fr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Mittwoch, 31. Jänner

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 fr., 2mal 80 fr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 fr., 2m. 8 fr., 3m. 10 fr. u. s. w. Insertionsheftchen jedesm. 30 fr.

1872.

Mit 1. Februar

beginnt ein neues Abonnement auf die

„Laibacher Zeitung.“

Der Pränumerations-Preis beträgt für die Zeit vom 1. bis Ende Februar 1872:

Im Comptoir offen	fl. 92 fr.
Im Comptoir unter Couvert	1 „ — „
Für Laibach ins Haus zugestellt	1 „ — „
Mit Post unter Schleifen	1 „ 25 „

Für die Zeit vom 1. Februar bis Ende Juni:

Im Comptoir offen	4 fl. 60 fr.
Im Comptoir unter Couvert	5 „ — „
Für Laibach ins Haus zugestellt	5 „ — „
Mit Post unter Schleifen	6 „ 25 „

Ämtlicher Theil.

Der Minister des Innern hat im Einvernehmen mit den theilnehmenden anderen k. k. Ministerien den Herren Eduard Fischer, Adolf Diez, Wilhelm Fraenkel, Achilles v. Melingo, Maximilian Maunthner und Dr. Arnold Pann die Bewilligung zur Errichtung einer Actiengesellschaft unter der Firma „Wiener Bauverein“ mit dem Sitze in Wien erteilt und deren Statuten genehmigt.

Der Minister des Innern hat im Einvernehmen mit den theilnehmenden anderen k. k. Ministerien den Herren Hermann Rittershausen, Franz Karl Peusens und Dr. Gustav Hecher die Bewilligung zur Errichtung einer Actiengesellschaft unter der Firma „Eiserne Eisenbahnwagen-Verkehrsgesellschaft“ mit dem Sitze in Wien erteilt und deren Statuten genehmigt.

Das k. k. Landespräsidium hat eine im Bereiche der politischen Verwaltung in Krain erledigte Bezirkssecretärstelle dem Diurnisten Anton Zadnik verliehen.

Nichtamtlicher Theil.

Vom Tage.

In den Ausschuss- und Comité-Sitzungen des Abgeordnetenhauses wird fleißig fortgearbeitet. Wir haben demnach den Schluß der im Subcomité schwebenden Verhandlungen über die galizische Resolution, wovon der nächste Entwicklungsgang ganz und gar abhängig ist, zu gewärtigen. Früher wird auch die Nothwahlgesetz-Novelle nicht vorgelegt werden können, da ja die Eventualität, wenn die Dinge sich günstig abwickeln, unseres Erachtens bestehen muß, auch ohne jenes Hilfsmittel Hand an die Wahlreform zu legen. Was über das Subcomité andeutungsweise bekannt wird, lautet günstig. Mittlerweile dürften auch die Arbeiten des Finanz-Ausschusses so voranschreiten, daß noch in dieser Woche die Budgetberatung im Hause wird beginnen können.

Das Ministerium Auerperg hat, wie dem „Pester Lloyd“ aus Wien berichtet wird, bereits die kaiserliche Ermächtigung zur Einbringung des Nothwahlgesetzes-Entwurfes erlangt, der noch in der letzten Zeit Gegenstand wiederholter und reiflicher Prüfung war. So soll nun auch dieses Gesetz noch in dieser Woche vor das Abgeordnetenhaus gelangen und die Annahme desselben von der Regierung mit allem Nachdruck befürwortet werden. An den Polen zumal wird es gelegen sein, bei diesem Anlasse darzutun, daß sie einer Regierung, die ihren Forderungen in so lothaler Weise entgegenkommt, keine Schwierigkeiten bereiten wollen, welche zudem nicht ohne nachtheilige Rückwirkung auf ihre eigenen Interessen bleiben könnten. Im Subcomité des Verfassungsausschusses, über dessen Verhandlungen diesmal wirklich Discretion beobachtet wird, sollen die Beratungen einen Verlauf nehmen, der immerhin zu Hoffnungen auf ein ersprießliches Resultat berechtigt.

Was die Wiener Zeitungsstimmen betrifft, so deuten dieselben darauf hin, daß man sich in den dortigen Kreisen mit dem Regierungsgedanken, das Nothwahlgesetz der Wahlreform voranzutreiben lassen, immer mehr befreundet.

Gegenwärtig ist bereits nicht mehr das Gesetz als solches, sondern der vermischte Inhalt desselben der Gegenstand der Controverse, und selbst das Organ der „Jungen“, das sich anfänglich aus Leibeskräften gegen ein solches Gesetz überhaupt sträubte, erklärt sich in seiner neuesten Nummer sogar bloß gegen ein Minoritäts-Wahlgesetz, während es die ehemalige Hasner'sche Novelle als immerhin acceptabel und wünschenswerth bezeichnet. Solche Stimmen sind immer als ein Fortschritt in der Klärung der Anschauungen zu betrachten und für berechtigten vollkommen zu der Annahme, daß in dem Momente der Einbringung dieser Vorlage wenigstens die Verfassungspartei derselben keine Schwierigkeiten bereiten werde. Ganz überflüssig aber scheint es uns, sich heute schon über den Inhalt einer Vorlage zu erheizen, die man noch gar nicht kennt.

Der „Trierer Ztg.“ wird in Betreff der Einbringung des Nothwahlgesetzes aus Wien unter Anderem Folgendes berichtet: „Die öffentliche Meinung hat Zeit, sich über die Angelegenheit ein richtiges Urtheil zu bilden, und wenn dies in derselben Progression zu Gunsten eines solchen Gesetzes, wie bisher, geschieht, dann dürfte die Vorlage im Hause selbst, wenigstens auf Seite der Verfassungspartei, auf die entschiedenste und bereitwilligste Unterstützung rechnen dürfen. Es ist nämlich ein wohlzu beachtendes Symptom, daß die einzelnen Organe, welche sich bisher in schroffster Weise einem solchen Entwurfe entgegenstellten und auf die bedingungslose Durchführung der Wahlreform drangen, heute bereits im Principe gegen eine solche Novelle nichts einzuwenden haben, sondern nur deren vermittelten Inhalt bekämpfen. Nachdem jedoch die Grundzüge des Gesetzesentwurfes noch nicht in der mindest verbürgten Form bekannt geworden sind, so schaufrt sich ein Organ in ganz überflüssiger und vom Parteistandpunkte höchst tadelnswerther Weise, obgleich anzuerkennen ist, daß dieses Organ von seiner Aversion gegen eine Wahlgesetznovelle selbst zurückgekommen ist. Gilt der Satz: ab hoste discere, dann sollte gerade die verfassungstreue Presse den fanatischen Widerstand, den die verfassungsfeindlichen Organe der Wahlgesetznovelle entgegensetzen, wohl beachten und aus diesem die Nutzenwendung schöpfen, daß eine solche Novelle doch ein Mittel sein müsse, wohl geeignet, die Verfassung einigermaßen gegen secessionistische Attentate sicher zu stellen. Im Uebrigen aber beweist der Umstand, daß die Idee der Wahlgesetznovelle in immer weiteren Kreisen Wurzel faßt und sich immer allgemeiner Zustimmung erwidert, daß der von der Regierung entworfene Actionplan, weil der praktischere, in den parlamentarischen Kreisen selbst den Vorzug vor jener überstürzten Action erhalte, wie selbst einzelne Heißsporne ohne Rücksicht auf die realen Verhältnisse sich concipirt hatten.“

Ueber die Auflösung des croatischen Landtages

läßt sich in der „Agr. Ztg.“ eine Stimme vernehmen, deren Expectoration jedenfalls auch für unsere Leser von Interesse ist. Wir reproduciren nachstehend den Wortlaut derselben: „Die Auflösung des croat. Landtages ist ein weiser Staatsact, dessen Tragweite vom größten Nutzen für das Land und Volk sein wird, welches getäuscht sein Vertrauen einer gewissen Anzahl Männer geschenkt hat, welche ihr persönliches Interesse in den Vordergrund wie bisher geschoben und die Nation zu Grunde gerichtet hätten. Nicht genug, daß diese Männer in ihren Organen jeden Unionisten als Landesverräther gestempelt, nicht genug, daß sie mit Entlassung aller unionistischen Beamten gedroht, sobald sie aus Ruher kommen, nicht genug, daß sie jede Autorität des Gesetzes mit Füßen treten, nicht genug, daß sie gegen Regierung und Regierungsmänner jede erdenkliche Verleumdung schleudern, daß sie gegen das höchste Regierungshaupt im Lande Mißtrauen wecken, ja sie gehen weiter und wollen von einem Verbanne mit der Stephanskronen nichts wissen und negiren alles gesetzlich bestehende und selbst das sanctionirte Staatsgesetz. Sie geben sich als Volksbeglücker, als die Auserlesenen, denen die Aufgabe zugefallen ist, Land und Volk vom Untergange zu retten und aus Croatien einen Staat ersten Ranges zu machen, wo die Regierungsgeschäfte ihren wackeren Händen anvertraut werden müßten, damit jeglicher Gesinnungsgegnisse mit Amt und Würde für die Demoralisation im Lande belohnt würde. Ausgerüstet mit dem Manifeste vom 20. September, geriren sie sich als treue Anhänger des Staatsgrundgesetzes und

arbeiten mit Geld und Lügen unter der unerfahrenen Volksmasse, unter der schlichten Bürgerschaft, unter den wankelmüthigen Staatsbürgern dahin, daß Croatien in ein Provisorium käme, um wieder ein Spielball zu werden mit Zugrundelegung jeglichen materiellen und geistigen Fortschrittes, daß es erst nach Jahren auf die Stufe der Cultur und des Fortschrittes käme, auf welcher sich andere vorgeschrittene Nationen heute befinden. Hader und Fehde, Haß und Verleumdung, Vernichtung jeglichen moralischen Staatsgefühls und Nichtanerkennung des sociellen und staatlichen Einverständnisses, das ist ihr Lebenselement als Männer, welcher einer sogenannten nationalen respective einer illyrischen Partei angehören, die in ihrem Liberalismus keine andere Partei dulden will im constitutionellen Staate, weil sie ihnen auf die Klappe geht und ihren Jesuitismus und Egoismus ans Licht zieht. — Eine Anzahl Männer, die sich nicht gescheut haben das verächtliche September-Manifest zu unterfertigen, hätten mit der erlauchten Krone als gewählte Repräsentanten der Nation im Landtage in legislatorische Verbindung treten sollen, welche das sanctionirte Staatsgrundgesetz negiren und tabula rasa machen wollten.“

Mit inniger Befriedigung nimmt jeder gemäßigte und legale Staatsbürger die Auflösung des Landtages an, nicht so die überstürzte Fraction, die ihren Muthwillen in den stattgefundenen Conferenzen abgeköhlt, wo es bunt und darüber gegangen sein soll. Wie verlautet soll ein zweites Manifest an die Nation gerichtet werden, auf dessen Inhalt man nach den Enunciationen des „Obzor“ und der „Südslavischen“ schließen kann und in welchen der giftige Pfeil auf die Regierung und die Unionspartei geschleudert wird. Ungewiß ist es, ob die gewesenen Volksvertreter der sogenannten nationalen Partei in solidum das zweite Manifest unterfertigen werden, da sich unter denselben eine Fraction gebildet hat, welche mit Leib und Seele für das Aufrechterhalten der Septembermanifestation plaidirt. Es wäre höchste Zeit, wenn die illyrische und die südslavische Idee aus den Köpfen einiger Volksbeglücker eben so entwinden würde, wie sie aus dem Gaslauer Gefilden und den russischen Schneesteppen nach Croatien geschmuggelt ist, und wenn die wahren Patrioten der nationalen Partei das Heil und die Zukunft Croatiens im Verbanne mit der Stephanskronen suchen möchten, statt daß sie sich außerhalb des vorgezeichneten Kreises bewegen und in einer Hochpolitik taumeln und tummeln, um der Welt wieder den Beweis zu liefern, daß Croatien constitutionell nicht regiert werden könnte, bei solchen schroffen und unsinnigen Anforderungen, deren Verwirklichung das Land und die Nation in einen unabsehbaren Abgrund stürzen würde.“

Parlamentarisches.

Wien, 27. Jänner.

Nach Schluß der Plenarversammlung des Abgeordnetenhauses am 26. d. trat, wie die „Reichsraths-Correspondenz“ berichtet, der Finanzausschuss noch zu einer achten Sitzung zusammen, welcher von Seite der Regierung Sr. Excellenz der Herr Handelsminister Dr. Banhans, dann die Ministerialräthe Alepka und Brunner beizuhöhen. Der Berichterstatter Ritter v. Leitnerberger legte das Referat über den Staatsvoranschlag des Handelsministeriums fort, und zwar bei Titel 4 des Erfordernisses, „Hafen- und Seesantitätsdienst.“ Das ordentliche Erforderniß dieses Titels, präliminirt im Staatsvoranschlage mit 731.877 fl., wird nach dem Antrage des Referenten nur mit 720.000 fl. eingestellt.

Im außerordentlichen Erfordernisse wird die Post „Sechste Vertragsrate für den Triester Hafen“ mit 1.312.500 fl. eingestellt.

Rückfichtlich der Aufhebung des Freihafens von Triest beantragt der Berichterstatter folgende Resolution:

„Die Regierung werde aufgefordert, die Aufhebung des Freihafens von Triest in ernste Erwägung zu ziehen, sowie die entsprechende Vorlage vorzubereiten und hiebei die in das Jahr 1875 fallende gänzliche Vollendung des Hafenbaues als den für diese Maßregel geeigneten Zeitpunkt in Aussicht zu stellen.“

Gleichzeitig fragt er den Minister, ob in dieser Sache bereits etwas gethan sei und welches Schicksal diese Resolution allenfalls zu erwarten habe.

Sr. Excellenz Handelsminister Dr. Banhans: Mit der Aufhebung des Freihafens sei er im Princip einverstanden; jedoch sei die Frage der Aufhebung des Triester Freihafens eine sehr schwierige, die viele Vorarbeiten be-

dinge und nicht einer übereilten Lösung zugeführt werden dürfe.

Was die übrigen Posten des außerordentlichen Erfordernisses anbelangt, so wird für die Post „Physiographische Arbeiten im adriatischen Meere“ 5000 fl. conform der Regierungsvorlage; für die Post „Münzverlust“ statt 20 pCt. nur 15 pCt., daher statt 279.800 nur 209.850, für die Posten „Außerordentliche und neue Hafenbauten“, „Außerordentliche und neue Seeleuchten“, „Außerordentliche und neue Hochbauten“ statt der präliminirten 382.449 fl. nur 362.000 fl. bewilligt.

Die Bedeckung des Titels „Hafen- und Seefanitätsdienst“ beantragt der Berichterstatter statt mit der von der Regierung beantragten Summe per 352.927 mit 433.000 fl. einzustellen, welchem Antrag sich der Ausschuss bei der Abstimmung anschließt.

Es wird hierauf zum Erforderniß des Art. 7, „Postgefälle“, übergegangen, welches von der Regierung mit 11.093.640 fl. im Ordinarium präliminirt wird; der Berichterstatter beantragt, statt dieser Summe zehn Millionen 915.000 fl. zu bewilligen.

Der Antrag des Berichterstatters wird angenommen.

Abg. Wichhoff interpellirt die Regierung wegen der Einführung der gedruckten Frachtbriefe, namentlich, ob diese von den Parteien gekauft werden müssen und ob diese Maßregel eine allgemeine sei.

Se. Exc. Handelsminister Dr. Vanhans erklärt, daß die Einführung dieser gedruckten Frachtbriefe bereits unter seinem Amtsvorgänger vorgenommen wurde, er selbst sei indessen mit dieser Maßregel ganz einverstanden, dieselbe Einrichtung bestehe seit längerer Zeit auch in Deutschland. Durch die Mehreinkünfte von einem Kreuzer solle dem Publikum keine neue Steuer auferlegt werden, sondern solle denselben nur der Ersatz für Papier- und Druckkosten des Frachtbriefes hereingebracht werden. Die betreffende Maßregel habe für alle Postämter der Monarchie Gültigkeit.

Abg. Dr. v. Demel stellt die Anfrage, welche Stellung das Ministerium zu den Privatpostanstalten einnehme und ob es nicht die Absicht habe, diese nach und nach abzulösen und dafür ärarische einzuführen.

Se. Exc. Herr Handelsminister Dr. Vanhans: Im Principe sei er allerdings dafür, wenn nur ärarische Postämter existiren würden, die Einköpfung und Umwandlung der in der Monarchie bestehenden Privatpostämter würde jedoch einen großen Aufwand erfordern, indessen sei er bestrebt, insbesondere in den größeren Städten und Märkten ärarische Postämter nicht nur einzurichten, sondern dieselben auch mit den Telegraphenämtern zu verbinden, wie dies in der Schweiz mit großem Erfolge durchgeführt sei.

Abg. Dr. Weigel drückt den Wunsch aus, daß auch in Galizien ärarische Postämter mit Postverwaltern an der Spitze an Stelle einfacher Postexpeditionen errichtet werden mögen, wenigstens in sämtlichen früheren Kreisstädten, wo dies bisher noch nicht der Fall sei. Hinsichtlich des außerordentlichen Erfordernisses dieses Titels beantragt der Berichterstatter bei der Post „Erhöhung der Kassenbestände zum Zwecke des Betriebes des Postanweisungs- und Postnachnahme-Verkehrs“ statt der von der Regierung beantragten Million nur 400.000 fl. einzustellen, dagegen möge die Regierung aufgefordert werden, den Postkassen Geldmittel bis zum Betrage von 600.000 fl. zur Verfügung zu stellen.

Abg. Dr. Prestel beantragt die Streichung der ganzen Summe, und zwar aus dem Grunde, weil das Handelsministerium, wenn bei ihm ein Geldbedarf eintritt, von dem Finanzministerium einen Vorschuss verlangen solle; diese Post gehöre nicht ins Budget.

Nachdem noch die Abgeordneten Dr. Herbst, Dr. v. Demel und Wolfrum gegen die Einstellung der Post sich ausgesprochen hatten, wird zur Abstimmung geschritten und der Antrag des Abg. Dr. Prestel auf Streichung der eingestellten einen Million angenommen, somit der Antrag des Berichterstatters abgelehnt.

Die Post „Adaptirung des Postgebäudes in Prag“, so wie die fernere „Adaptirung des Postgebäudes in Brünn“ werden beide conform der Regierungsvorlage, die erstere mit 130.000 fl., die letztere mit 25.000 fl. genehmigt.

Die Post „Die Errichtung der Rural-Post“ wird conform der Regierungsvorlage mit 100.000 Gulden eingestellt.

Was die Bedeckung des Titels „Postgefälle“ anbelangt, so beantragt der Berichterstatter statt der von der Regierung präliminirten Summe von 13.429.950 fl., den Betrag von 14.570.000 fl., daher eine 15perc. Erhöhung einzustellen, und begründet diesen seinen Antrag mit den Erfahrungen der letzten Jahre.

Abg. Dormiger gibt dem Wunsche Ausdruck, das Ministerium möchte auch im deutschen Reiche die Einführung der Postkarten anregen und dem Uebelstande abzuhelfen trachten, daß für schwerere Briefe so unverhältnißmäßig hohe Gebühren zu entrichten sind.

Se. Exc. Minister Dr. Vanhans erklärt, daß er bereits betreffs der Postkarten mit dem deutschen Reiche in Unterhandlung getreten sei und die Einführung derselben dort anstrebe. Ob dies jedoch gelingen werde, stehe heute noch dahin. Ebenso habe er bereits betreffs der zweiten Klasse Unterhandlungen mit Ungarn eingeleitet und hoffe von denselben das Resultat, daß eine Scala von drei zu drei Loth eingeführt werde; das Zoll-

und Handelsbündniß mit Ungarn hindere ihn jedenfalls, einseitig vorzugehen.

Der Antrag des Berichterstatters auf Einstellung von 13.570.000 fl. wird hierauf angenommen.

Der Titel „Telegraphenanstalten“, im Staatsvoranschlage im Ordinarium mit 2.874.788 fl. präliminirt, wird über Antrag des Berichterstatters in der runden Summe von 2.834.000 fl. angenommen.

Was das außerordentliche Erforderniß dieses Titels anbelangt, so wird dasselbe conform der Regierungsvorlage angenommen, bei der Post „Münzverlust“ jedoch statt 40.000 fl. nur 30.000 fl. bewilligt.

Abg. Wolfrum weist bei dieser Gelegenheit auf die Mangelhaftigkeit der Zustellung der Depeschen hin.

Se. Exc. der Handelsminister hofft von der Reorganisation, welche innerhalb der bewilligten Budgetsumme durchzuführen wäre, das Beste.

Die Bedeckung dieses Titels ist mit 2.467.000 fl. präliminirt.

Abg. Dr. Herbst stellt mit Rücksicht auf den Rechnungsabluß des Jahres 1870 und auf die Erhöhung der Gebühr in Deutschland den Antrag, 2.600.000 fl. einzustellen, welchem Antrage sich der Berichterstatter anschließt.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Dr. Herbst angenommen und hierauf die Sitzung geschlossen.

Auf die Interpellation des Abg. Wichhoff, ob die Regierung nicht beabsichtige, ein neues Expropriationsgesetz einzubringen, nachdem dasselbe dringend nothwendig sei, indem Bahnbauten oft jahrelang durch die Grundeinköpfung gehindert werden, erwidert Se. Excellenz der Handelsminister Dr. Vanhans: Ich habe diesfalls einen Beamten beurlaubt, welcher sich ausschließlich mit der Ausarbeitung eines solchen Eisenbahn-Expropriationsgesetzes beschäftigt, und werde, sobald es thunlich sein wird, dasselbe dem hohen Hause zur verfassungsmäßigen Behandlung vorlegen.

In der am 27. d. stattgefundenen Sitzung des Finanzausschusses, in welcher von Seite der Regierung Se. Excellenz der Unterrichtsminister Dr. von Stremaier anwesend war, wurde der Gesetzentwurf betreffend die Normirung der Gehalte der Professoren an den theologischen Facultäten berathen.

Bei § 1 beantragt der Berichterstatter v. Czedit die Gehalte in folgendem Ausmaße festzusetzen, und zwar für Wien mit 2200 fl., für Prag mit 2000 fl., für Graz, Innsbruck, Lemberg und Krakau mit 1800 fl., für Olmütz und Salzburg mit 1400 fl.

Abg. Dr. Herbst plaidirt für die Regierungsvorlage wegen der geringeren Leistung und des leichteren Dienstes, dann der besonderen Verhältnisse der Professoren der Theologie. Nach dieser Vorlage wird für Wien der Gehalt mit 2000 fl., für Prag mit 1800 fl., für Graz und Lemberg mit 1600 fl., für Innsbruck, Krakau, Olmütz und Salzburg mit 1400 fl. festgesetzt.

Abg. Wichhoff interpellirt den Herrn Unterrichtsminister, welche Ingerenz die Regierung auf die Professoren der Theologie zu üben in der Lage sei.

Se. Excellenz Unterrichtsminister Dr. v. Stremaier setzt auseinander, daß die Ernennung der Professoren der Theologie nach der Ministerialverordnung vom 29ten März 1858 über Vorschlag des theologischen Professoren-Collegiums und nach Einvernehmen des Bischofs erfolge, daß die Regierung jedoch das unbedingte Recht der Entfernung pflichtungstreuere Professoren habe und dieses auch praktisch übe.

Abg. Czermakowski stimmt dem Antrage des Abg. Herbst bei, ohne indessen die Folgerungen zu acceptiren. Er stellt den Antrag, es sei folgende Resolution einzubringen:

„Die Regierung wird aufgefordert, die Reorganisation der katholisch-theologischen Facultäten in der den Bedürfnissen der Gegenwart entsprechenden Weise vorzunehmen. Die wesentlichen Bestimmungen der allgemeinen Universitäts-Studienordnung, insbesondere bezüglich der Naturalitätsprüfung hat auf die katholisch-theologischen Facultäten Anwendung zu finden.“

Ueber Antrag des Abg. Wichhoff wird der Beschluß gefaßt, die weitere Debatte bis zu der Debatte über den Staatsvoranschlag des Cultusministeriums zu vertagen.

Bei der Abstimmung über den § 1 der Regierungsvorlage wird derselbe genehmigt.

Die übrigen Paragraphen des Gesetzentwurfes werden ohne Debatte genehmigt.

Weiters referirt Abg. v. Czedit über den Gesetzentwurf betreffend die Gehalte, die Quartiergelder und den Rang der Professoren an den vom Staate erhaltenen nautischen Schulen.

§ 1 dieses Gesetzentwurfes wird nach der Regierungsvorlage genehmigt.

Zu § 2 beantragt der Berichterstatter einen Zusatz. Die Paragraphen 3 bis inclusive 16 werden ohne Debatte genehmigt. Sodann wird noch der vom Abg. Dr. Herbst gestellte Antrag, daß dieses Gesetz mit dem ersten Tage des auf die Kundmachung folgenden Monats in Wirksamkeit zu treten habe, angenommen und hierauf die Sitzung geschlossen.

Der Petitionsausschuss setzte in seiner heutigen Sitzung, welcher Se. Excellenz der Justizminister Dr. Glaser anwohnte, die Berathung über die Petition

des Salzburger Landesausschusses um Nichteinführung des Legalisirungszwanges fort. Es entwickelte sich eine sehr lebhafte Debatte, an welcher sowohl die Ausschussmitglieder wie auch der Minister sich theilnahmen; jedoch gelangte diese Angelegenheit in dieser Sitzung noch nicht zum Abschlusse.

In der heutigen Sitzung des Legitationsausschusses wurde nach längerer Discussion, ob die Beschlußfassung über die Hauptfrage abermals zu vertagen sei, nachdem die Majorität des Ausschusses gegen die neuerliche Vertagung war, zur weiteren Verhandlung geschritten. Ueber den Antrag des Referenten Abg. Dr. Weber beschließt der Ausschuss: 1. es sei nicht zulässig, die 102 Stimmen jener, welche den Protest unterfertigt haben, den gewählten 15 conservativen Grundbesitzern abzurechnen; 2. es sei keine genügende Veranlassung, die Gültigkeit dieser Wahlstimmen zu beanstanden, worauf die Wahl der 15 conservativen Grundbesitzer mit 4 gegen 3 Stimmen als gültig anerkannt wird.

In der ebenfalls heute Vormittags stattgehabten Sitzung des Rekrutenausschusses verliest der anwesende Leiter des Landesvertheidigungs-Ministeriums Oberst Horst, als Beantwortung der in der letzten Sitzung an ihn gerichteten Interpellation, zunächst eine Zuschrift, mit welcher das statistische Centralbureau die verlangten Aufklärungen giebt.

Sectionsrath Rohrer v. Rohrau vertheidigt die von dem statistischen Centralbureau gegebenen Aufklärungen, worauf Abg. Seidl erwidert, daß, wenn die soeben gehörte Volkszählungsziffer auch im Vorjahre, wie es der Borredner behauptet, angegeben worden wäre, jeder Grund zu einem Bedenken entfallen müßte.

Der Leiter des Landesvertheidigungs-Ministeriums bemerkt, daß die Rekrutirung für das Jahr 1872 nur auf Grund der Volkszählung vom Jahre 1869 vorgenommen werden könne.

Die Generaldebatte wird geschlossen und zur Specialdebatte übergegangen, in welcher der Gesetzentwurf conform der Regierungsvorlage angenommen wird.

Zum Berichterstatter wurde Abg. Seidl gewählt.

Der Ausschuss zur Vorberathung des Gesetzentwurfes betreffend die Verleihung von Civilbedienstungen an ausgediente Unterofficiere hielt am 26. d. eine Sitzung, welcher der Leiter des Landesvertheidigungs-Ministeriums Oberst Horst beiwohnte.

Der Ausschuss beschließt auf die Vorberathung der Regierungsvorlage einzugehen, und wird dieselbe sohin als Grundlage für die Specialdebatte angenommen.

Der § 1 wird mit dem vom Referenten Dr. Walbert beantragten Zusatz genehmigt, daß die in der Eigenschaft eines Titular-Unterofficiers zurückgelegte Dienstzeit in die achtjährige Unterofficiers-Dienstzeit einzurechnen sei, wogegen § 3 der Regierungsvorlage, in welcher dieser Zusatz theilweise enthalten ist, zu entfallen habe.

Im § 2 der Regierungsvorlage wurden die Worte „und Gendarmen“ ausgelassen. Statt des § 4 beantragt der Referent eine Fassung, welche dahin geht, daß den Unterofficiern, welche nach dem Gesetze Anspruch auf eine vorbehaltene Diener- oder auf den Vorzug bei Verleihung von Beamtenstellen erlangt haben, von ihrem vorgeordneten General- oder Militärcommando eine Bestätigung über den erlangten Anspruch (Certificat) auszufertigt werde.

Nach einer längeren Debatte wird vorbehaltlich einer späteren Stylisirung dieses Paragraphes beschlossen, daß die Certificate von dem Kriegs- respective dem Landesvertheidigungsministerium auszustellen seien und daß in denselben nicht allein der Anspruch überhaupt, sondern auch die Qualifikation, ob nämlich der Betreffende nur für Diener- oder auch für Beamtenstellen geeignet sei, aufzunehmen ist. Ein Einvernehmen mit den einzelnen Civilstellen vor Ausstellung der Certificate ist nicht zu pflegen.

Eine weitere Abänderung beschließt der Ausschuss beim § 6, nach welcher nur jene subventionirten oder vom Staate garantirten Eisenbahnen- oder Dampfschiffahrts-Unternehmungen derlei Dienststellen für Unterofficiere vorzubehalten haben, welche entweder erst concessionirt werden oder welche bereits concessionirt und durch ihre Statuten, Concessionsurkunden oder in anderer Weise zur Befolgung der kaiserlichen Verordnung vom 19. September 1853 verpflichtet sind.

Ueber eine Bemerkung des Leiters des Landesvertheidigungs-Ministeriums, daß durch die Annahme des Paragraphes in dieser Fassung das Interesse der Unterofficiere insofern nicht gewahrt sei, als derlei Unternehmungen durch die Verordnung vom Jahre 1853 nicht verpflichtet worden sind, sondern zum Theil sich selbst verpflichtet haben, wird die Fassung desselben dahin umgeändert, daß am Schlusse gesagt wird, daß die oben angeführten Unternehmungen zur Beobachtung auf die ausgedienten Unterofficiere verpflichtet sind.

Als Ergänzung des Berichtes über die letzte Sitzung des Ausschusses zur Vorberathung des Gesetzentwurfes betreffend die Versorgung ausgedienter Unterofficiere theilt die „N. G.“ noch Folgendes mit:

„Der Ausschuss hat bisher zwei Sitzungen in Beisein des Leiters des Landesvertheidigungs-Ministeriums Oberst Horst gehalten, in welchen die Regierungsvorlage als Substrat der Berathung angenommen wurde. Nach eingehender Berathung der einzelnen Paragraphen und der Vergleichung mit dem vom Referenten Dr. Walbert vorgelegten Entwurfe wurden jedoch die §§ 1 bis 14 in der von dem Letzteren vorgeschlagenen Fassung mit geringen Abweichungen zum Beschluß erhoben, nachdem die Regierung bei den meisten Paragraphen ihre Zustimmung dazu ausdrücklich erklärt hatte.

Ueber die §§ 15 bis 21 des von dem Referenten verfaßten Entwurfes ist die Berathung noch ausstehend und dürfte dieselbe in der nächsten Sitzung erfolgen.“

Politische Uebersicht.

Laibach, 30. Jänner.

Die ungarischen Blätter haben das Memorandum der croatischen Nationalpartei veröffentlicht, worin dieselbe sagt: sie müsse entschieden den Insinuationen entgegenreten, wonach die Nationalpartei die staatsrechtliche Zusammengehörigkeit Croatiens mit der ungarischen Krone, welche ja auch die Krone Croatiens sei, verleugnen oder bekämpfen will. Die Nationalpartei habe stets diese Zusammengehörigkeit verfochten, so gut wie die untrennbare und reale Zusammengehörigkeit der ungarischen Krone mit den übrigen Königreichen und Ländern Sr. Majestät. Das Ausgleichsgesetz von 1868 zwischen Ungarn und Croatien trage den Bedingungen unserer nationalen Existenz nicht genügend Rechnung. Die staatsrechtliche Frage Croatiens kann ohne Mitwirkung der Militärgrenz-Vertretung nicht rechtsgültig geregelt werden, und auch Dalmatiens Theilnahme an der Lösung aller staatsrechtlichen Fragen, die Croatien-Slavonien betreffen, ist nöthig. Das Ministerium möge bei der Krone die Bitte unterstützen, daß jene Paragrafen des Ausgleichsgesetzes, welche die Landes-Integrität betreffen, ebenschnell zur Durchführung gelangen. Nichts würde die Nationalitäts-Interessen mehr beruhigen, als die baldige Berufung der Grenzvertretungen im Landtage. Die Nationalpartei verlange, daß die croatischen Behörden und Institute unbehelligt in Fiume bleiben können, daß die croatischen Stiftungen und Fonds herausgegeben und gesondert werden. Bei der Ausgleichs-Revision solle die croatische Regierung von dem ungarischen Ministerium im autonomen Verwaltungskreise unabhängig gemacht werden und der Banus soll aufhören, Präsident des Obersten Gerichtshofes zu sein. Die Vertretung im Reichstage müsse geregelt werden; neben den Banus müssen drei Regierungsorgane dem Landtage für die autonomen Angelegenheiten verantwortlich sein. Die Abänderung des bestehenden Pauschalsystems sei nöthig, und bevor diese Frage gelöst ist, mögen die Grenzwälder-Erträge keiner einseitigen Bestimmung zugeführt werden. Damit die Nationalpartei Vertrauen fasse, wolle eine Regierung eingesetzt werden, die das Vertrauen der Nationalpartei besitzt. Uebrigens werden man sich etwaigen begründeten Einwendungen nicht verschließen.

Die „Kreuzzeitung“ enthält Mittheilungen über die in Berlin stattgehabte Vorstellung der Räte des Cultusministeriums. Der Cultusminister äußerte sich dahin, daß die Stellung des Cultusministers gegenwärtig mit besonderen Schwierigkeiten verbunden sei, welche nur durch die angelegentliche Beihilfe der berufenen Mitarbeiter überwunden werden können; er erwarte volles Vertrauen und rückhaltlose Unterstützung auch da, wo etwa deren Grundsätze und bisherige Auffassung mit den seinigen nicht in allen Punkten übereinstimmen. — Die deutsche Einheit wird immer sicher geliebt. Die württembergischen Truppen leisteten am 25. d. dem deutschen Kaiser den Treueeid.

Bei der Debatte über die Beschwerde des Bischofs von Augsburg vertheidigte Minister Lutz am 27. d. in der bayerischen Abgeordneten-Kammer in mehr als zwei Stunden während der Rede die Verfassungsmäßigkeit des Regierungsstandpunktes, insbesondere die niemals unterbrochene oder aufgeschobene Gültigkeit des Placetums. Nachdem beide Referenten namens der Ausschuss-Minorität und Majorität gesprochen, ergriff der Ministerpräsident Graf Hegenberg das Wort. Hierauf erfolgte die Abstimmung und wurde der Beschwerde-Antrag mit 76 gegen 76 Stimmen verworfen.

Der „Independance belge“ schreibt man aus Versailles: Thiers weist die Zumuthung zurück, nicht in der Kammer zu sprechen; er will keine stumme Rolle spielen und protestirt gegen den Plan, einen Vicepräsidenten zu wählen; lieber wolle er sich zurückziehen. — Die Regierung beschloß, Frankreich in 16 Militärbereiche einzutheilen, wovon jeder ein Armeecorps zu stellen hat. Das Gerücht von neuerlichen Anstrengungen, um eine Fusion der bourbonischen Linien herbeizuführen, bestätigt sich. Eine Zusammenkunft der Grafen von Paris und Chambord ist bevorstehend. Das Comité in Nancy behufs Subscriptions zur Befreiung des französischen Gebietes von der Occupation beabsichtigt, einen Plan zu veröffentlichen, wonach der Regierung 500 Millionen Francs zur Verfügung gestellt werden könnten. — Die Sammlungen zur Tilgung der drei Milliarden Kriegsschuld

entschädigung sind jetzt eine Hauptfrage für die Pariser Presse, und vor allen andern Blättern entwickelt der „Moniteur Universel“ eine riesige Thätigkeit, um diese Sache in Gang zu bringen.

Das „Petersburger Journal“ dementirt kategorisch die Ansicht des „Economist“ bezüglich der aggressiven russischen Politik, indem es den Beweis führt, daß der „Economist“ absichtlich den Artikel des „Regierungsboten“ entstellt hat.

Weltausstellung 1873.

Die kaiserliche Commission für die Weltausstellung 1873 ist am vergangenen Samstag, den 27. Jänner, 2 Uhr, zu einer Plenarsitzung zusammengetreten, welche unter dem Vorsitze des Herrn Erzherzog Rainer im großen Saale der niederösterreichischen Statthalterei (Stadt, Herrngasse) stattfand.

Die Abtheilung 7 der kaiserlichen Ausstellungscommission für Aufstellung von Maschinen, Herstellung der Schienenwege, Dampfleitungen, Transmissionen etc. hielt kürzlich ihre erste Sitzung ab. Mitglieder dieser Abtheilung sind die Herren: Baron Burg, Hofrath v. Engerth, Bösch, Professor Grimburg, Herr, Albert v. Klein, Kraft, Baron Löwenthal, Karl Pfaff, Franz Mahr, Hofrath v. Rittinger, G. Sigl, H. D. Schmid, Oberst v. Uchatius. Zum Vorsitzenden wurde Baron Burg, zu dessen Stellvertreter Herr Pfaff gewählt. Als Referent fungirt Herr Hofrath v. Engerth. Letzterer erstattete Bericht über die allgemeine Disposition des Raumes und die Maschinenaufstellung. Die Versammlung zog hierauf folgende Vorlagen in Berathung, die auch im Wesentlichen angenommen wurden, als: Die Vorlage des Projectes für den Bau der Maschinenhalle, der projectirten Flächenvertheilung, der Disposition der Gänge und Geleise, Ein- und Ausgänge, der Herstellung des Fußbodens, der Anlage von Geleisen für Laufsträhne, des Projectes über die Disposition und Einrichtung der Dampfkesselhäuser, der Bestimmung der Höhe und des Materials der Schornsteine, Bestimmung des Abstandes vom Hauptgebäude, der Werkstätte für den Dienst der Aufstellung. Die Berathung der weiteren Vorlagen, betreffend das Project für die Anlage der Transmissionen, Bestimmung der Höhenlage, des Durchmesser und der Tourenzahl der Transmissionen, Rücksicht auf Dampfvorlege, Organisation des Dampfkesselbetriebes, die Disposition der Dampfleitungen, die Wasserleitung für die Kesselspeisung und Condensation, den Abzugscanal für Condensationswasser und Regenwasser, wurde für die nächste Sitzung offen gelassen.

Einem Briefe aus Stockholm entnehmen wir, daß der Bruder des Königs, Prinz Oscar, die schwedische Ausstellung in Wien als Präsident der Commission leiten werde. Ihm zur Seite wird Herr v. Dardel, Cabinets-Kammerherr des Königs, als Vicepräsident fungieren. Die schwedisch-norwegische Ausstellung verspricht schon deshalb besonders reich zu werden, weil es beabsichtigt ist, alle Objecte, welche die skandinavischen Länder bis Mai 1873 in Kopenhagen, London und Moskau ausstellen werden, von diesen Ausstellungen gleich directe nach Wien zu senden.

Ueber die Vorbereitungen, welche der Orient für die Theilnahme an der Ausstellung trifft, liegen heute einige neuere Details vor. Vor Allem legt die Pforte erhöhten Eifer an den Tag und hat die türkische Commission die Arbeiten mit großer Energie in Angriff genommen. Der kaiserliche Commissär Hamdy Bey will sich, wie aus Constantinopel berichtet wird, persönlich als Aussteller an der Exposition betheiligen. Hamdy Bey genießt nämlich auch als Maler einen guten Ruf und arbeitet selbst an einem Bilde für die internationale Kunstausstellung des Jahres 1873. Außer ihm haben auch schon mehrere türkische Künstler die Beschickung der Ausstellung angemeldet. Der Photograph Seebad in Constantinopel wird eine große Collection von Photographien zur Ausstellung bringen und bereist deshalb behufs Aufnahme von Gegenden und Objecten die türkischen Provinzen. Abdullah-Bey (Dr. Hammerschmidt) bereitet eine geologische, Dr. Waibals eine anatomische Sammlung für die Ausstellung vor. Zum Dirigenten der ägyptischen Ausstellung ist Professor Brugsch definitiv ernannt. Derselbe wird sich demnächst nach Wien begeben, um an Ort und Stelle die nöthigen vorbereitenden Dispositionen zu treffen.

Auch in Athen hat die griechische Ausstellungscommission ihre Arbeiten begonnen. Sie hat zunächst alle auf die Ausstellung bezüglichen Publicationen übersetzen lassen und dieselben, mit erläuternden Instructionen versehen, an die Regierungen und Municipalbehörden sowie an die hervorragenden Industriellen Griechenlands versendet. Der Präsident der griechischen Commission, Herr J. Suvo, läßt es sich angelegen sein, daß Griechenland auf der Ausstellung eine vollständige Exposition aller seiner eigenthümlichen Erzeugnisse und überhaupt ein Bild seines Culturzustandes biete. Die griechische Commission hat den einzelnen Industriellen Vorschüsse ertheilt, um ihnen die Vollendung ihrer für die Ausstellung bestimmten Arbeiten zu erleichtern. Der Ministerpräsident, Herr Bulgariu, hat die kräftigste Unterstützung der Commission mit Geldmitteln und die Einbringung einer bezüglichen Vorlage in der Kammer zugesagt.

Tagesneuigkeiten.

— Der König von Hannover sammt Familie ist in Penzing bei Wien angekommen und hat sich zum bleibenden Aufenthalte in seiner Villa nach Diebing begeben.

— (Die Besserung des Prinzen von Wales) macht nach der „engl. Corr.“ noch günstigere Fortschritte, als man naturgemäß erwarten durfte, und das milde Wetter der letzten Tage setzte ihn in Stand, in Gesellschaft seiner Gemalin kurze Spazierfahrten zu machen, welche seinen Gesundheitszustand merklich gefördert haben.

— (Graf Chambord) werde, wie die „Gazette de France“ meldet, seine Residenz näher gegen Frankreich verlegen.

— (Das „Neue Wiener Tagblatt“ ist sicherem Vernehmen nach an die Wiener Wechselbank um den Betrag von 680.000 fl. verkauft worden. Dasselbe zählt 40.000 Auflage.

— (Den Haupttreffer in Tärkenlosen) von 300.000 Francs sollen in der letzten Ziehung zwei Bauern aus Belaczana gemacht haben.

— (Ein ganzer Eisenbahn-Train versunken.) Ein furchtbares Unglück hat sich auf der Exoner Eisenbahn in der Nacht des 24. d. M. ereignet. Das Wasser hatte die Brücke bei Brague fortgerissen und in Folge ungenügender Warnungssignale und Vorkehrungen versank der heranbrausende Nizzaer Abendtrain. Dreißig bis vierzig Personen wurden getödtet und nur eilf gerettet.

— (Großes Schiffunglück.) Nach Berichten aus Montevideo ist der italienische Dampfer „Amerika“ am 24. v. M. auf der Reise von Buenos-Ayres nach Montevideo verbrannt. Von 241 Passagieren und der Schiffsmannschaft sind 87 Personen verbrannt oder ertrunken.

Locales.

Bericht über die Landesauschuss-Sitzung vom 26. Jänner.

Als Mitglied des l. l. Landeschulrathes wurde Prof. Tulek mit Mehrheit der Stimmen in Vorschlag gebracht, nachdem der frühere diesbezügliche Vorschlag des Landesauschusses auf Ernennung des Prof. Lesar in den Landeschulrath vom l. l. Ministerium nicht genehmigt worden ist.

Dem Dr. Ambrosic wurde die Stelle eines Secundarius im landchaftlichen Civilspital auf weitere zwei Jahre verliehen.

Zum Diurnisten bei der Spitalverwaltung wurde Joseph Paternoster ernannt.

Zur Erhaltung der Concurrerenzstraßen des Laaser Bezirkes wurde für das Jahr 1872 aus dem Landesfonde eine Subvention von 1000 fl. bewilligt.

Zum Baue der Pfarrschule in Commena St. Peter wurde für das Jahr 1873 aus dem P. P. Glavar'schen Fonde ein Beitrag von 1500 fl. bestimmt.

Ueber Antrag des l. l. Landeschulrathes wurde die Einstellung des Betrages von 50 fl. in das Präliminare des Normalchulfondes pro 1873 als Subvention für den Schullehrer in Ableid beschlossen.

— (Der Bürgermeister Herr Carl Deschmann) hat der freiwilligen Feuerwehr den namhaften Betrag von 20 fl. gespendet.

— (Im Proceße Preuz) findet die Urtheilspublikation heute Mittwoch um halb 12 Uhr statt.

— (Faschingschronik.) Unser Casino-Restaurant Herr Franz Ehrfeld gibt zu Ehren seiner Stammgäste am Samstag den 10. Februar in den Casino-Restauranten-Lokalitäten einen Gesellschaftsabend mit Tanz. Die Stammgäste sind gewohnt, bei Herrn Ehrfeld nur Gutes und Exquisites zu finden. Er signalisirt: festliche Decoration, brillante Beleuchtung, neueste Tanzpièces und in der Hofstunde eine allgemeine Ueberraschung. Herr Ehrfeld wird Wort halten, er wird sicher auch die fettesten Bögelinge seines Geflügelstalles und die edelsten, bouquetreichsten Tropfen seines Kellers serviren lassen; es wird an diesem Gesellschaftsabend das Band zwischen Casino-Restaurant und ihren Stammgästen wesentlich geknüpft und gestärkt werden.

— (Der hiesige Handels-Kranken- und Pensions-Verein) hat uns seinen Jahresbericht pro 1871 vorgelegt; es ist bereits der vierunddreißigste. Der Verein zählt 17 Ehren-, 70 unterstützende und 236 wirkliche, zusammen 323 Mitglieder. Se. fürstbischöfliche Gnade Herr Dr. B. Widmer wird in den Reihen der Spender hervorragend genannt. Im Jahre 1871 sind 4 Mitglieder gestorben, im Jahre 1872 bereits 5 neue Mitglieder beigetreten. Die Direction kann mit Befriedigung auf das abgelaufene Jahr zurückblicken, denn der Verein ist der Aufgabe, die er sich gestellt: sich in immer weiteren Kreisen Sympathien zu gewinnen und dadurch seine humanen Zwecke und insbesondere auch seine Leistungsfähigkeit zu heben, nach Möglichkeit, ja selbst wider Erwarten gerecht geworden. Die Direction kann es nicht unterlassen, ihr Bedauern darüber auszudrücken, daß der Verein in den Kreisen der jüngern Standesgenossen noch nicht jene Theilnahme gefunden, die denselben in Anbetracht seines nützlichen Zweckes gerade von diesen zugewendet werden sollte. Die Direction appellirt schließlich an den gesammten Han-

befand: dem Vereine vollständig beitreten zu wollen, damit durch vereinte Kräfte und durch gemeinsames Wirken diesem humanen Institute in kürzester Frist die Möglichkeit verschafft werde, seiner Aufgabe vollkommen entsprechen zu können.

— (Fleischtarif pro Februar.) Das Pfund Rindfleisch bester Qualität von Mastochsen kostet 26 kr., mittlere Sorte 22 kr., geringste Sorte 18 kr.; von Kühen und Zugochsen kosten die drei Sorten Fleisch 23, 19 und resp. 15 kr.

— (Localbericht.) Bei Maria Pressl in der Polana Haus-Nr. 32 wurde ein eigenthümlicher Diebstahl verübt. Ein sicherer Johann Glasie aus Jstavas hat von einem im Stalle noch im Felle hängenden, aber bereits abgeschlachteten Kalbe ganz gemüthlich einen Schlegel im Werthe von 4 fl. herausgeschnitten und denselben sich zu geeignet. — Dem Herrn Andreas Eliuit, Oberleutnant des k. k. 17. Lin.-Inf.-Reg., wurden aus seinem versperrten Wohnzimmer in der Petersvorstadt Haus N. 55 Preciosen (Uhrkette, zwei Medaillons), Silbermünzen und in Barschaft 60 fl. gestohlen. — Eine sichere Margaretha Supancic aus Javor hat der Wirthin Frau Amalia Christof Nr. 53 ein Umhängtuch im Werthe von 6 fl. gestohlen. — Der Vagant Joseph Pum aus Goding in Möhren wurde wegen betrügerischen Schuldenmachens bei dem Austocher Joseph Veschnal in der Petersvorstadt Haus-Nr. 1 beaufschlagt und der Behörde eingeliefert, bei welcher er nebstbei als Fälscher öffentlicher Urkunden entlarvt wurde. — Bei einer Wohnung im Hause Nr. 253 wurde sogar eine Thartlinke aus Messing im Werthe von nur 70 kr. gestohlen. — Der Frau Fanni Tomasin in der Krausenvorstadt Haus-Nr. 3 wurden zwei mit dem Merkzeichen J. T. versehene Leintücher im Werthe von 3 fl. entwendet. — Ein sicherer Mathias Premt aus Kartine, Bezirk Stein, hat dem Boten J. Urbas aus St. Veit bei Podpetich vom Drehsboden ein Handwagel im Werthe von 15 fl. gestohlen. Es gibt auch genössliche Diebe. Der Fabrikarbeiter Anton Francic hat aus einer Büchse Bombons im Werthe von 1 fl. entnommen. — Am 19. d. wurde beim Handelsmanne Herrn Siedry Haus Nr. 271 ein Einbruchdiebstahl verübt. — Aus der Auslage der Schuhwaarenverlage des Herrn Josef Strohmaier Haus Nr. 213 haben zwei Burschen am 19. d. ein Paar Stiefelstücken gestohlen. — Dem Handelsmanne Herrn Josef Schreyer Haus Nr. 269 wurden aus der Auslage 1 Dunggabel und 1 Krampfen gestohlen. Dieb und Waare wurden eruiert. — Auch seine Cigarren verlor. Ein Schusterlehrlinge hat am 21. d. der Tabaktrafikanin Cordula Gersd in der Kapuzinenvorstadt Haus Nr. 57 unter falschen Vorpiegelungen 10 Stück Britannica-Cigarren entlockt. — Am 18. d. wurde dem Handelsmanne Herrn Winkler aus dem Gewölbe 1 Paar Schlusshuhe entwendet. — Die städtischen Polizeimänner Ulrich Salmic und Johann Jzore haben in der Nacht vom 25.—26. d. M. einen seltenen Fang gemacht. Beide Sicherheitsmänner patrouillirten in der Schulallee, fanden die Thüre an der Fleischbude des Raimund Adreita geöffnet und darin zwei Männer mit Wappstein von Waaren beschäftigt. Der Augenschein zeigte den Polizeiorganen vorher an, daß an der Thür mittelst Werkzeugen gewaltsame Hand angelegt worden, und sie es mit Einbrechern zu thun hatten. Der eine von diesen Dieben, mit dem Namen Georg Patel aus Vocuz nächst Stein, ergriff die Flucht und wurde vom Polizeimanne Jzore verfolgt; zwischen dem zweiten, einem handfesten, robusten Individuum und dem Polizeimanne Salmic entspann sich ein lebhafter, sogar blutiger Kampf; letzterer mußte den Polizeimann Jzore zur Hilfe herbeirufen und dieser die Verfolgung des Patel aufgeben. Endlich gelang es beiden Wachmännern, den bereits gerichtsbekannten, berüchtigten Einbrecher Mathias Suppan aus St. Martin bei Krainburg zu bändigen, und diesen gemeinschädlichen Verbrecher, den Schrecken des ganzen Landes, dem Strafgerichte einzuliefern. — Der größte Theil der in dem heutigen Localberichte bezeichneten Uebeltäter wurde eruiert und zur strafgerichtlichen Amtshandlung eingeliefert.

— (Theater.) Auch gestern, bei der sechsten Wiederholung binnen wenigen Tagen, bewährte die „Prinzessin von Trapezunt“ ihre Zugkraft, das Theater war noch ziemlich gut besucht. Die gestrige Aufführung zeigte stellenweise bedeutende Kürzungen, die wir nicht überall am Platze fanden. Gespielt wurde mit Lust, Publicum sowohl als Acteurs schienen sich vortrefflich zu amüsiren. Fräulein Pichon errang durch den seelenvollen Vortrag des Liebesliedes im dritten Act wieder stürmischen Beifall und gab daselbe dankend noch einmal zum Besten. Wir hoffen in einigen Wochen die Prinzessin nochmals ihren Triumphzug halten zu sehen.

— (Med. Dr. Prelog), der gewesene Landtags-Abgeordnete und Redacteur des „Slovenski Gostopodar“, ist am 29. d. in Marburg gestorben.

— (Die zur Verwaltung der Marine-Unterstützungsfonds) bei der k. k. Seebehörde berufene Centralcommission ist am 23. d. in Triest ins Leben getreten.

Gingefendet.

Allen Kranken Kraft und Gesundheit ohne Medicin und ohne Kosten, Revalesciere Du Barry von London.

Keine Krankheit vermag der delicaten Revalesciere du Barry zu widerstehen und beseitigt dieselbe ohne Medicin und Kosten alle Magen-, Nerven-, Brust-, Lungen-, Leber-, Drüsen-, Schleimhaut-, Athems-, Blasen- und Nierenleiden, Tuberculose, Schwindel, Asthma, Husten, Unverdaulichkeit, Verstopfung, Diarrhöen, Schlaflosigkeit, Schwäche, Hämorrhoiden, Wassersucht, Fieber, Schwindel, Blutauffsteigen, Ohrenbransen, Uebelkeit und Erbrechen selbst während der Schwangerschaft, Diabetes, Melancholie, Abmagerung, Rheumatismus, Gicht, Bleichsucht. Auszug aus 72.000 Certificaten über Genesungen, die aller Medicin widerstanden:

Certificat Nr. 58782.

Tyrnau, 10. Mai 1869.

Ich litt lange an Appetitlosigkeit und Erbrechen nach dem Essen. Ihre vortreffliche Revalesciere hat das Erbrechen gänzlich gehoben und meinen Appetit hergestellt. Meine Ueberzeugung von der Vortrefflichkeit Ihrer Revalesciere veranlaßt mich, dieselbe andern Leidenden bestens anzurathen.

Carl Berger.

Certificat Nr. 62914.

Weslan, 14. September 1868.

Da ich jahrelang für chronische Hämorrhoidal-Leiden, Leberkrankheit und Verstopfung alle mögliche ärztliche Hilfe ohne Erfolg angewendet, so nahm ich in Verzweiflung meine Zuflucht zu Ihrer Revalesciere. Ich lann dem lieben Gott und Ihnen nicht genug danken für diese köstliche Gabe der Natur, die für mich die unberechenbarste Wohlthat gewesen ist.

Franz Steinmann.

Nachher als Fleisch, erspart die Revalesciere bei Erwachsenen und Kindern 50 Mal ihren Preis in Arzneien.

In Blechbüchsen von 1 Pfund fl. 1.50, 1 Pfund fl. 2.50, 2 Pfund fl. 4.50, 5 Pfund fl. 10, 12 Pfund fl. 20, 24 Pfund fl. 36. Revalesciere Chocolade in Pulver und in Tabletten für 12 Tassen fl. 1.50, 24 Tassen fl. 2.50, 48 Tassen fl. 4.50, in Pulver für 120 Tassen fl. 10, für 288 Tassen fl. 20, für 576 Tassen fl. 36. Zu beziehen durch Barry du Barry & Comp. in Wien, Wallfischgasse Nr. 8, in Laibach Ed. Wahr, in Marburg J. Kolletzig, in Regensburg P. Birnbacher, in Graz Gebrüder Oertranzmayr, in Innsbruck Dieckl & Frank, in Linz Haselmayer, in Pest Lörst, in Prag J. Fürst, in Brunn J. Eder, sowie in allen Städten bei guten Apothekern und Specereihändlern; auch versendet das Wiener Haus nach allen Gegenden gegen Postanweisung oder Nachnahme.

Neueste Post.

(Original-Telegramm der „Laibacher Zeitung.“)

Wien, 31. Jänner. In der gestrigen Reichsrathsitzung wurde auf motivirten Antrag Perger's der Bericht über die Wahlverifizierung des böhmischen Großgrundbesizes von der Tagesordnung abgesetzt. Die Regierungsvorlagen betreffs Verkaufes mehrerer Objecte unbeweglichen Staatseigenthums und betreffs Refutencontingents-Aushebung pro 1872 wurden in dritter Lesung angenommen.

Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin sind am 29. d. von Salzburg nach Meran abgereist.

Wien, 30. Jänner. Heute wurde der Lloydvertrag einstimmig ohne Debatte angenommen. Zugleich wurde der Regierung angelegentlich die Berücksichtigung der Bombahlinie empfohlen.

Pest, 29. Jänner. Der Minister des Innern, Toth, hat seine Demission überreicht. Auf Ersuchen Vonyah's versprach Toth das Portefeuille bis nach Erledigung des Wahlgesetzes zu behalten.

Agram, 29. Jänner. Die 5 Vertrauensmänner der Nationalpartei reisen heute nach Pest behufs Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Vonyah.

Pisino, 30. Jänner. Heute früh 5 Uhr wurde die Carriolpost oberhalb Lindaro überfallen, der Fuhrmann und der Bedeckungs-Gendarm verwundet und überwältigt und das Felleisen mit über 13.000 fl. geraubt.

Paris, 30. Jänner. Die „Union“ veröffentlicht ein Manifest des Grafen Chambord, worin dieser gegen den ihm zugeschriebenen Gedanken einer Abdication protestirt und in dem von ihm vertretenen monarchischen Prinzip das einzige Heil für Frankreich erblickt. Ihn werde nichts erschüttern, nichts seine Geduld ermüden.

Petersburg, 29. Jänner. Die Stadt Schamachi in Schirwan wurde gestern durch anhaltendes Erdbeben fast vollständig zerstört. Wenige Häuser blieben stehen, viele Menschen kamen um.

Telegraphischer Wechselkurs

vom 30. Jänner.

5perc. Metalliques 62.90. — 5perc. Metalliques mit Platz und November-Zinsen —. — 5perc. National-Anlehen 72.40. — 1860er Staats-Anlehen 106.50. — Bank-Aktien 859. — Credit-Aktien 347.80. — London 113.75. — Silber 112.25. — k. k. Münz-Ducaten 5.40. — Napoleond'or 9.02.

Handel und Volkswirtschaftliches.

Rudolfswerth, 29. Jänner. Die Durchschnitts-Preise stellen sich auf dem heutigen Markte, wie folgt:

	fl.	kr.		fl.	kr.
Weizen per Metzen	6	40	Butter pr. Pfund	—	—
Korn	5	70	Eier pr. Stück	—	2 1/2
Gerste	4	45	Milch pr. Maß	—	10
Hafer	2	—	Rindfleisch pr. Pfd.	—	24
Halbfrucht	5	80	Kalbsteisch	—	26
Heiden	4	20	Schweinefleisch	—	24
Hirse	4	40	Schöpfensteisch	—	—
Kukuruk	5	—	Gähndel pr. Stück	—	36
Erdäpfel	2	25	Lanben	—	—
Rinsen	—	—	Hen pr. Centner	—	—
Erbsen	—	—	Stroh	—	—
Hilolen	8	80	Holz, hartes 32", Kst.	6	50
Rindschmalz pr. Pfd.	—	50	— weiches	—	—
Schweineschmalz	—	50	Wein, rother, pr. Eimer	9	—
Speck, frisch	—	34	— weißer	8	—
Speck, geräuchert Pfd.	—	—			

Angekommene Fremde.

Am 29. Jänner.

Elefant. Zuckermahl, Reisender, Wien. — Vitorio, Italien. — Song, Jume. — Hofenbändler und Gatoro, Triest. Stadt Wien. Regel, Kaufm., Stein. — Ludwig, Lehrer, Sabor. — Zuchnit, Rechnungsführer, Sabor. — Wolf, Kaufmann, Mainz.

Theater.

Heute: Valentine. Schauspiel in 5 Acten von Freitag.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Jahr	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Millimetern	Lufttemperatur nach Celsius	Wind	Witterung	Niederschlag in Millimetern
30.	6 U. Morg.	738.85	+ 1.2	windstill	trübe	—
	2 „ „	738.98	+ 3.8	windstill	ganz bew.	0.00
	10 „ Ab.	741.06	+ 1.4	windstill	ganz bew.	—

Trübe, gegen Abend geloderte Wollendecke, abwechselnd sternförmig, später ganz bewölkt. Das Tagesmittel der Wärme + 2.1°, um 3.4° über dem Normale.

Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Kleinmayr.

Pörtenbericht.

Wien, 29. Jänner. Die Haltung der Börse war eine schwankende und namentlich variierten jene Speculationspapiere stark, in welchen die Engagements der Contisse die größten sind, wie dies bei Wechselbank der Fall ist. Anlagspapiere behaupteten sich, doch war auch hier wie überhaupt Mattigkeit und Geschäftsunlust Grundton des Verkehrs.

A. Allgemeine Staatsschuld.			Wiener Communalanlehen, rück- Geld Waare			Kranz-Josephs-Bahn			Siedenh. Bahn in Silber verp.		
für 100 fl.			zahlbar 5 pCt. für 100 fl.			Geld Waare			Geld Waare		
Einheitsliche Staatsschuld zu 5 pCt.:			D. Actien von Bankinstituten.			Geld Waare			Geld Waare		
in Noten verzinsl. Mai-November			Anglo-östrerr. Bank			164 — 164 50			137 — 138 —		
Februar-August			Bankverein			444 — 450 —			113 — 114 —		
" Silber " Jänner-Juli			Boden-Creditanstalt			222 — 223 —			96 — 96 50		
" " April-October			Creditanstalt f. Handel u. Gew.			168 50 169 —			— — —		
Pse v. J. 1839			Creditanstalt, allgem. ungar.			187 50 188 50			— — —		
" " 1854 (4 %) zu 250 fl.			Comptoir-Gesellschaft, n. d.			411 — 413 —			— — —		
" " 1860 zu 500 fl.			Franco-östrerr. Bank			219 75 220 —			— — —		
" " 1860 zu 100 fl.			Generalbank			181 — 182 —			— — —		
" " 1864 zu 100 fl.			Handelsbank			287 — 287 50			— — —		
Staats-Domänen-Pfandbriefe zu			Nationalbank			165 — 166 —			— — —		
120 fl. d. W. in Silber			Unionbank			152 75 153 25			— — —		
B. Grundentlastungs-Obligationen.			Vereinsbank			238 — 238 50			— — —		
für 100 fl.			Verkehrsbank			— — —			— — —		
Böhmen			E. Actien von Transportunternehmungen.			Geld Waare			Geld Waare		
Salizien			Alföld-Humaner Bahn			182.25 182 75			96 30 96 40		
Nieder-Österreich			Böhm. Westbahn			267 — 268 —			96 40 96 50		
Ober-Österreich			Carl-Ludwig-Bahn			265 — 265 50			85.10 85.10		
Siebenbürgen			Donau-Dampfschiff. Gesellsch.			640 — 642 —			114 35 114 50		
Stiermark			Elisabeth-Westbahn			245.25 246 75			44 50 44 50		
Ungarn			Elisabeth-Westbahn (Lin. = Bud-			213 — 213 50			— — —		
C. Andere öffentliche Anlehen.			weiser Streda)			2260 — 2265 —			— — —		
Donauregulirungsloste zu 5 pCt.			Ferdinands-Nordbahn			179.50 180 50			— — —		
U. g. Eisenbahnanlehen zu 120 fl.			Königsbrunn-Bereits-Bahn			— — —			— — —		
d. W. Silber 5%, pr. Stück											
Ung. Prämienanlehen zu 100 fl.											
d. W. (75 fl. Einzahl.) pr. Stück											